

**Gesetzentwurf
der Landesregierung**

**Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes,
des Landesumzugskostengesetzes,
der Auslandsreisekostenverordnung des Landes
und der Landestrennungsgeldverordnung**

A. Zielsetzung

Der Deutsche Bundestag hat die Länder gebeten, dem Vorgehen des Bundes zu folgen und die reisekostenrechtlichen Entschädigungen zur Abgeltung von Verpflegungsmehraufwendungen an die steuerlich berücksichtigungsfähigen Pauschbeträge anzupassen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll das Landesreisekostengesetz entsprechend geändert werden.

Gleichzeitig trägt die vorgesehene Änderung des Landesreisekostengesetzes den Entschlüssen des Bundesrates vom 3. November 1995 und 15. Dezember 1995 Rechnung, in denen seinerzeit ebenfalls eine Harmonisierung der steuer- und reisekostenrechtlichen Pauschbetragsregelungen zur Abgeltung von Verpflegungsmehraufwendungen gefordert wurde.

Im übrigen wird mit dem Gesetzentwurf einer Empfehlung der Regierungskommission Verwaltungsreform des Landes entsprochen, im Landesreisekostengesetz auf die Differenzierung der pauschalen Entschädigungssätze nach Reisekostenstufen zu verzichten.

Die Änderungen des Landesreisekostengesetzes sind in der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und in der Landestrennungsgeldverordnung zeitgleich umzusetzen.

Außerdem muß auch das Landesumzugskostengesetz als Folge von besoldungsrechtlichen Änderungen durch das Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts entsprechend angepaßt werden.

B. Wesentlicher Inhalt

1. Einführung einer Antragsgrenze zur Verminderung von Verwaltungsaufwand
2. Streichung der bisherigen Reisekostenstufen
3. Anpassung der reisekostenrechtlichen Entschädigung zur Abgeltung von Verpflegungsmehraufwand an die steuerrechtlich maßgeblichen Sätze durch eine Verweisung auf das Steuerrecht
4. Verwaltungsvereinfachung durch Wegfall von Zuschußberechnungen
5. Anpassung des pauschalen Übernachtungsgeldes an die steuerlichen Regelungen
6. Steuerneutrale Verrechnung von gestellten Mahlzeiten mit der Reisekostenvergütung
7. Wegfall der Erstattung von Verpflegungsmehraufwendungen bei Dienstreisen und Dienstgängen von nicht mehr als 8 Stunden
8. Einbeziehung der Vomhundertsätze des § 10 Abs. 3 in die Anpassungsermächtigung durch Rechtsverordnung
9. Anpassung der Bemessungsgrundlage der Pauschvergütung für Umzugsauslagen an die aufgrund des Dienstrechtsreformgesetzes geänderte Bemessungsgrundlage
10. Einschränkung der Kostenerstattung bei Auslandsflügen
11. Anpassung des Trennungsgeldes für die ersten 7 Tage nach beendeter Dienstantrittsreise.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Die Anpassung der reisekostenrechtlichen Tagegelder an die steuerlich berücksichtigungsfähigen Pauschbeträge wird den Landeshaushalt unter Berücksichtigung der weiteren in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen um rd. 7 Mio. DM jährlich entlasten.

Durch den Wegfall insbesondere der Vergleichsberechnung zwischen reisekostenrechtlich gewährten und steuerlich anerkannten Tagegeldern wird außerdem eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung erzielt.

Sowohl die finanzielle Entlastung wie die Vereinfachungswirkung des Gesetzes treten auch im gesamten kommunalen Bereich ein. Allerdings sind diese Entlastungswirkungen nicht quantifizierbar.

**Staatsministerium
Baden-Württemberg
Ministerpräsident**

Stuttgart, den 27. Mai 1997

An den
Präsidenten des Landtags
von Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

ich beehre mich, Ihnen beigelegt den von der Landesregierung verabschiedeten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und der Landestrennungsgeldverordnung nebst Vorblatt und Begründung zu übersenden mit der Bitte, die Beschlußfassung des Landtags herbeizuführen.

Die Landesregierung bittet, die erste Beratung des Gesetzentwurfs für die Tagesordnungen der Plenarsitzungen am 18./19. Juni 1997 vorzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

Teufel
Ministerpräsident

**Gesetz zur Änderung des Landes-
reisekostengesetzes, des Landesum-
zugskostengesetzes, der Auslands-
reisekostenverordnung des Landes
und der Landestrennungsgeld-
verordnung**

Artikel 1

Änderung des Landesreisekostengesetzes

Das Landesreisekostengesetz in der Fassung vom 20. Mai 1996 (GBl. S. 466) wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 5 werden folgende Sätze angefügt:

„Erstattungsanträge können zurückgewiesen werden, wenn der Gesamtbetrag der Erstattung unter 100 DM liegt. Dies gilt jedoch nicht, wenn bei einem der Erstattungsanträge die Ausschußfrist nach Satz 1 innerhalb eines Monats abläuft.“

2. § 4 Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. Erstattung der Auslagen bei Dienstgängen (§ 15),“.

3. § 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Rückwirkung der Einweisung in eine Planstelle oder Einordnung von Ämtern bleibt bei der Zuteilung zu den Klassen unberücksichtigt. Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst erhalten Fahrkostenerstattung wie Dienstreisende der Eingangsbesoldungsgruppe ihrer Laufbahn. Ehrenbeamte und ehrenamtliche Richter eines Disziplinar- oder Dienstgerichts erhalten Fahrkostenerstattung wie Dienstreisende der Besoldungsgruppen A 8 bis A 16.“

4. § 6 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Für Strecken, die der Dienstreisende mit einem ihm gehörenden Fahrrad zurückgelegt hat, wird eine Wegstreckenentschädigung von 3 Pfennig je Kilometer gewährt. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.“

5. § 8 wird aufgehoben.

6. § 9 erhält folgende Fassung:

„§ 9

Tagegeld

Die Höhe des Tagegeldes zur Abgeltung der Mehraufwendungen für Verpflegung bei Dienstreisen be-

stimmt sich nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes.“

7. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Das Übernachtungsgeld für eine notwendige Übernachtung ohne belegmäßigen Nachweis beträgt 39 DM.“

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Sind die nachgewiesenen Übernachtungskosten höher als der zustehende Gesamtbetrag des Übernachtungsgeldes nach Absatz 2, so wird der Mehrbetrag bis zu 50 vom Hundert und, soweit die Mehrkosten begründet sind, bis zu weiteren 100 vom Hundert des Gesamtbetrages des Übernachtungsgeldes erstattet. Darüber hinausgehende Mehrkosten werden nur in besonders begründeten Ausnahmefällen erstattet. Übernachtungskosten, welche die Kosten des Frühstücks einschließen, sind vorab bei Übernachtungen im Inland um 20 vom Hundert des Inlandstagegeldes für einen vollen Kalendertag und bei Übernachtungen im Ausland um 20 vom Hundert des für den Übernachtungsort maßgebenden Auslandstagegeldes für einen vollen Kalendertag zu kürzen. Das gleiche gilt bei Voll- oder Halbpensionspreisen mit der Maßgabe, daß die Kürzungssätze für das Frühstück 20 vom Hundert, für das Mittagessen 50 vom Hundert und für das Abendessen 30 vom Hundert betragen.“

c) In Absatz 4 wird folgender Satz 1 eingefügt:

„Ein Übernachtungsgeld wird nicht gewährt, wenn wegen der Benutzung von Beförderungsmitteln keine Übernachtungskosten anfallen.“

8. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 12

Einbehaltung bzw. Kürzung des Tage- und Übernachtungsgeldes und der Vergütung nach § 11 Abs. 1“.

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Erhält der Dienstreisende seines Amtes wegen unentgeltlich Verpflegung, ist

1. von dem Tagegeld (§ 9) für das Frühstück 20 vom Hundert, für das Mittagessen 50 vom Hundert und für das Abendessen 30 vom Hundert,

2. von der Vergütung nach § 11 Abs. 1 für das Frühstück 15 vom Hundert, für das Mittagessen 30 vom Hundert und für das Abendessen 20 vom Hundert,

mindestens jedoch für jede Mahlzeit ein Betrag in Höhe des maßgebenden Sachbezugswertes nach der Sachbezugsverordnung einzubehalten. Das gleiche gilt, wenn von dritter Seite Verpflegung bereitgestellt wird und das Entgelt für sie in den erstattbaren Fahr- oder Nebenkosten enthalten ist.“

9. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15

Auslagen bei Dienstgängen

Bei Dienstgängen stehen dem Dienstreisenden Fahrkostenerstattung (§ 5), Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung (§ 6) und Nebenkostenerstattung (§ 14) zu. Daneben werden die nachgewiesenen notwendigen Auslagen für Unterkunft und bei Dienstgängen von mindestens acht Stunden Dauer die nachgewiesenen notwendigen Auslagen für Verpflegung unter Berücksichtigung der häuslichen Ersparnis bis zur Höhe des Tagegeldes bei einer Dienstreise von gleicher Dauer erstattet. Als häusliche Ersparnis sind für das Frühstück 20 vom Hundert, für das Mittagessen 50 vom Hundert und für das Abendessen 30 vom Hundert des Tagegeldes bei Dienstreisen mit einer Abwesenheitsdauer von acht Stunden am Kalendertag zu berücksichtigen.“

10. § 16 Abs. 5 wird aufgehoben.

11. § 22 Abs. 2 Satz 2 wird gestrichen.

12. § 24 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die in §§ 6 und 10 Abs. 2 festgesetzten Beträge und die in § 10 Abs. 3 Satz 1 festgesetzten Vomhundertsätze veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, die Klasseneinteilung in § 5 Abs. 1 und die Einteilung der Kraftfahrzeuge in § 6 Abs. 1 bis 3 veränderten Verhältnissen anzupassen.“

Artikel 2

Änderung des Landesumzugskostengesetzes

Das Landesumzugskostengesetz vom 12. Februar 1996 (GBl. S. 127) wird wie folgt geändert:

1. § 7 Abs. 1 Satz 2 wird gestrichen.

2. § 10 Abs. 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„(1) Berechtigte, die am Tage vor dem Einladen des Umzugsgutes eine Wohnung hatten und eine solche nach dem Umzug wieder eingerichtet haben, erhalten eine Pauschvergütung für sonstige Umzugsauslagen. Sie beträgt für verheiratete Angehörige der Besoldungsgruppen

A 1 bis A 8 20,2 vom Hundert,

A 9 bis A 12 21,4 vom Hundert,

A 13 bis A 16, B 1 und B 2,
C 1 bis C 3 sowie R 1 und R 2 24,1 vom Hundert,

B 3 bis B 11, C 4
sowie R 3 bis R 10 28,6 vom Hundert

des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe A 13 nach Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes. Ledige erhalten 50 vom Hundert des Betrags nach Satz 2. Für die Zuteilung zu den Besoldungsgruppen ist maßgebend

1. bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst die Eingangsbesoldungsgruppe ihrer Laufbahn,
2. bei den übrigen Beamten und Richtern die Besoldungsgruppe, in der sie sich am Tage vor dem Einladen des Umzugsgutes befinden,
3. bei Beamten und Richtern im Ruhestand und früheren Beamten und Richtern die Besoldungsgruppe, der sie bei Beendigung des Dienstverhältnisses angehört haben, oder, wenn dies günstiger ist, die Besoldungsgruppe, nach der sich ihre Versorgungsbezüge bemessen,
4. bei Hinterbliebenen die Besoldungsgruppe, der der Verstorbene zuletzt angehört hat, oder, wenn dies günstiger ist, die Besoldungsgruppe, nach der sich ihre Versorgungsbezüge bemessen.

Die Rückwirkung der Einweisung in eine Planstelle bleibt unberücksichtigt.

(2) Die Beträge nach Absatz 1 Satz 2 und 3 erhöhen sich für jede in § 6 Abs. 3 Satz 2 und 3 bezeichnete Person mit Ausnahme des Ehegatten um 6,3 vom Hundert des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe A 13 nach Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes, wenn sie auch nach dem Umzug mit dem Umziehenden in häuslicher Gemeinschaft lebt.“

Artikel 3

Änderung der Auslandsreisekosten-
verordnung des Landes

Die Auslandsreisekostenverordnung des Landes vom 2. Januar 1984 (GBl. S. 33), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. November 1995 (GBl. S. 803), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „Großbritannien und Nordirland“ gestrichen und nach dem Wort „Schweiz“ die Worte „Vereinigtes Königreich“ eingefügt.

b) Absatz 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Bei Flugreisen können den in Absatz 2 Nr. 3 genannten Personen die Kosten für das Benutzen der Business- oder einer vergleichbaren Klasse erstattet werden.“

2. Die Anlage zu § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1. 1 wird der letzte Satz gestrichen.

b) Die Nummer 1. 2 erhält folgende Fassung:

„Die nachstehende Übersicht enthält das Auslandsstagegeld bei einer Abwesenheitsdauer je Kalendertag von mindestens 24 Stunden. Das Auslandsstagegeld beträgt bei einer Abwesenheitsdauer

von weniger als 24 Stunden,
aber mindestens 14 Stunden 80 vom Hundert,

von weniger als 14 Stunden,
aber mindestens 8 Stunden 40 vom Hundert

des in der Übersicht genannten Pauschbetrages. Wenn nach § 5 LARVO ein Inlandstagegeld zu gewähren ist, gilt § 9 LRKG.“

- c) Die Nummer 1. 3 wird gestrichen.

Artikel 4

Änderung der Landestrennungsgeldverordnung

Die Landestrennungsgeldverordnung vom 12. Dezember 1985 (GBl. S. 411), geändert durch Verordnung vom 11. April 1996 (GBl. S. 330), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Nach Ablauf dieser Frist wird als Trennungsgeld Trennungstagegeld wie folgt gewährt:

1. Der Trennungsgeldberechtigte, der
 - a) mit seinem Ehegatten in häuslicher Gemeinschaft lebt oder
 - b) mit einem Verwandten bis zum vierten Grad, einem Verschwägerten bis zum zweiten Grad, einem Pflegekind oder Pflegeeltern in häuslicher Gemeinschaft lebt und ihnen aus gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung nicht nur vorübergehend Unterkunft und Unterhalt ganz oder überwiegend gewährt oder
 - c) mit einer Person in häuslicher Gemeinschaft lebt, deren Hilfe er aus beruflichen oder nach ärztlichem, im Zweifel nach amtsärztlichem Zeugnis aus gesundheitlichen Gründen nicht nur vorübergehend bedarf,die Wohnung (§ 10 Abs. 4 LUKG) beibehält und getrennten Haushalt führt, erhält 24,30 DM.
2. Der Trennungsgeldberechtigte, der seine Wohnung (§ 10 Abs. 4 LUKG) beibehält, aber die sonstigen Voraussetzungen nach Nummer 1 nicht erfüllt, erhält 16,50 DM.
3. Der Trennungsgeldberechtigte, der seine Unterkunft beibehält und die Voraussetzungen nach Nummern 1 und 2 nicht erfüllt oder der bei einer Maßnahme nach § 1 Abs. 2 Nr. 13 das Umzugsgut unterstellen muß, erhält 11,40 DM.“

2. § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

- „4. Dienstreisen mit einer Abwesenheitsdauer von 24 Stunden am Kalendertag,“.

Artikel 5

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 3 beruhenden Teile der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und auf Artikel 4 beruhenden Teile der Landestrennungsgeldverordnung können aufgrund der einschlägigen Ermächtigungsgrundlagen im Landesreisekostengesetz und im Landesumzugskostenengesetz durch Rechtsverordnung geändert oder aufgehoben werden.

Artikel 6

Übergangsvorschrift

(1) Für Dienstreisen und Dienstgänge, die vor dem Tag des Inkrafttretens von Artikel 1 dieses Gesetzes begonnen und an diesem Tag oder später beendet werden, wird Reisekostenvergütung nach den bisherigen Vorschriften gewährt, es sei denn, der Dienstreisende beantragt eine Anwendung des neuen Rechts.

(2) Ist der Anspruch auf Trennungsgeld vor dem Inkrafttreten von Artikel 1 dieses Gesetzes entstanden, wird nach dem Inkrafttreten das Trennungsgeld nach den bisherigen Vorschriften weitergewährt, es sei denn, der Trennungsgeldberechtigte beantragt eine Anwendung des neuen Rechts.

Artikel 7

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des zweiten auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 2 Nummer 2 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1997 in Kraft.

Begründung

I. Allgemeiner Teil

Die Regierungskommission Verwaltungsreform hat empfohlen, im Landesreisekostengesetz auf die Differenzierung der pauschalen Entschädigungssätze nach Reisekostenstufen zu verzichten. Mit der vorgesehenen Änderung des Landesreisekostengesetzes wird diese Empfehlung umgesetzt.

Gleichzeitig trägt die Änderung den Entschlüssen des Bundesrates vom 3. November 1995 (Drs. 600/95 – Beschluß –) und 15. Dezember 1995 (Drs. 812/95 – Beschluß –) Rechnung, wonach die mit der unterschiedlichen Ausgestaltung der steuerrechtlichen und reisekostenrechtlichen Pauschbetragsregelungen zur Abgeltung von Verpflegungsmehraufwendungen bei Dienstreisen (Tagegelder) verbundenen Probleme durch eine Harmonisierung beider Rechtsgebiete gelöst werden sollen.

Die Änderungen des Landesreisekostengesetzes – hier: Wegfall der Reisekostenstufen und Neufestsetzung des Tagegeldes – werden in der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und in der Landestrennungsgeldverordnung nachvollzogen.

Außerdem muß das Landesumzugskostengesetz als Folge von besoldungsrechtlichen Änderungen durch das Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts entsprechend angepaßt werden. Die Anpassung erfolgt in gleicher Weise wie beim Bund.

II. Einzelbegründung

Zu Artikel 1 (Änderung des Landesreisekostengesetzes)

Zu Nummer 1

Einführung einer Antragsgrenze, um die Dienstreisenden zur Abgabe von Sammelanträgen anzuhalten und dadurch den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Zu Nummer 2

Redaktionelle Anpassung an Nummer 9.

Zu Nummer 3

Folgeänderung aufgrund der Aufhebung des § 8 (s. Nummer 5) und § 16 Abs. 5 (s. Nummer 10).

Zu Nummer 4

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird für Dienstfahrten mit dem Fahrrad eine Kilometerpauschale eingeführt.

Zu Nummer 5

Mit der Aufhebung des § 8 LRKG wird einer Empfehlung der Regierungskommission Verwaltungsreform gefolgt, die nicht mehr zeitgemäße Differenzierung des Auslagenersatzes nach Reisekostenstufen zu streichen.

Zu Nummer 6

Die Vorschrift ersetzt § 9 LRKG (alt). Sie verweist als Lösung für die vom Bundesrat (Drs. 600/95 und 812/95 – Beschlüsse –) aufgezeigten Probleme aus der Versteuerung der reisekostenrechtlichen Entschädigungen zur Abgeltung von Verpflegungsmehraufwendungen auf die steuerrechtlich maßgebenden Sätze und zeitlichen Mindestvoraussetzungen. Durch die Verweisung wird sichergestellt, daß bei künftigen Änderungen des Steuerrechts diese zeitgleich und unmittelbar auf das Reisekostenrecht übertragen werden. Weiterhin entspricht die Vorschrift mit dem Wegfall der Zuschußberechnung den Forderungen der Praxis nach größtmöglicher Verwaltungsvereinfachung.

Bei der Verweisung auf die steuerrechtlichen Pauschbeträge ist auch berücksichtigt, daß die Dienstreisenden vielfach die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Kantine/eines Casinos haben.

Zu Nummer 7

Die Höhe des pauschalen Übernachtungsgeldes entspricht den steuerrechtlichen Regelungen. Das gleiche gilt für den Wegfall des Übernachtungsgeldes, wenn wegen der Benutzung von Beförderungsmitteln keine Übernachtungskosten anfallen. Die im Jahre 1984 eingeführte Erstattungsobergrenze für nachgewiesene Übernachtungskosten wurde aufgrund der zwischenzeitlichen Preissteigerungen angemessen erhöht. Die Ermittlung des Unterkunftsanteils bei Voll- und Halbpensionspreisen entspricht der Verfahrenspraxis des Bundes.

Zu Nummer 8

Die Änderung stellt sicher, daß die Mahlzeitengestellung mit der Reisekostenvergütung verrechnet werden kann und deshalb nicht zu versteuern ist.

Zu Nummer 9

Der Wegfall der Erstattung von Verpflegungsmehraufwendungen bei Dienstreisen und Dienstgängen bis zu 8 Stunden Dauer entspricht den steuerrechtlichen Regelungen. Die Höhe der häuslichen Ersparnis bei Dienstgängen von mindestens 8 Stunden Dauer wird im Gesetz unter Berücksichtigung der aktuellen Kostensituation pauschal festgesetzt.

Zu Nummer 10

Redaktionelle Anpassung an Nummer 5 und 6.

Zu Nummer 11

Folgeänderung aufgrund der Aufhebung des § 8 (s. Nummer 5)

Zu Nummer 12

Die Ermächtigung des Finanzministeriums zum Erlaß von Rechtsverordnungen erstreckt sich künftig auch auf die in § 10 Abs. 3 Satz 1 festgesetzten Vomhundertsätze. Hinsichtlich der künftigen Änderungen der pauschalen Tagegelder (§ 9) siehe Begründung zu Nummer 6.

Zu Artikel 2 (Änderung des Landesumzugskostengesetzes)

Zu Nummer 1

Folgeänderung aufgrund der Anpassung der reisekostenrechtlichen Tagegelder an die steuerlich berücksichtigungsfähigen Entschädigungssätze.

Zu Nummer 2

Es handelt sich jeweils um Folgeänderungen aufgrund des Gesetzes zur Reform des öffentlichen Dienstrechts vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322). Im Hinblick auf den Einbau des Ortszuschlages der Stufe 1 in die Grundgehaltstabellen wird die Bemessungsgrundlage der Pauschvergütung für sonstige Umzugsauslagen durch eine neue Bezugsgröße ersetzt. Die Höhe der Pauschvergütung bleibt dabei nahezu unverändert.

Zu Artikel 3 (Änderung der Auslandsreisekostenverordnung des Landes)

Zu Nummer 1

Redaktionelle Anpassung an den für den amtlichen Gebrauch geltenden Staatsnamen (Bekanntmachung des Auswärtigen Amtes vom 20. November 1995, GMBI. 1996 S. 18). Die Kostenerstattung bei Auslandsflügen wird aufgrund der Verbesserungen im Flugkomfort dahin gehend eingeschränkt, daß statt der Auslagen für die erste Klasse, nur noch die Auslagen für die Business- oder eine vergleichbare Klasse erstattet werden.

Zu Nummer 2

Die Vorbemerkung in der Anlage zu § 3 Abs. 1 LARVO wird an das geänderte Landesreisekostengesetz angepaßt.

Zu Artikel 4 (Änderung der Landestrennungsgeldverordnung)

Zu Nummer 1

Das Trennungsgeld nach § 3 Abs. 1 Satz 1 beträgt künftig für die ersten 7 Tage nach beendeter Dienstantrittsreise einheitlich 85,-DM. Die Festsetzung des Trennungstagegeldes in § 3 Abs. 2 erfolgt unter Berücksichtigung des Wegfalls der Reisekostenstufen nach dem bisherigen Betrag der mittleren Reisekostenstufe.

Zu Nummer 2

Folgeänderung aufgrund der Neufestsetzung des Tagegeldes.

Zu Artikel 5 (Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang)

Im Hinblick auf die Ermächtigungsgrundlage können die auf dem Änderungsgesetz beruhenden Teile der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und der Landestrennungsgeldverordnung wieder durch Rechtsverordnung geändert werden.

Zu Artikel 6 (Übergangsvorschrift)

Diese Vorschrift dient der Rechtssicherheit in Übergangsfällen.

Zu Artikel 7 (Inkrafttreten)

Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Änderungen in Artikel 1, 3 und 4 ist der erste Tag des zweiten auf die Verkündung im Gesetzblatt folgenden Monats vorgesehen. Damit ergibt sich ein Zeitraum von mindestens einem Kalendermonat zwischen Verkündung und Inkrafttreten, der erforderlich ist, um im Verwaltungsvollzug eine möglichst reibungslose Umsetzung der Rechtsänderungen zu gewährleisten.

Die Änderung des Landesumzugskostengesetzes tritt zeitgleich mit dem Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts am 1. Juli 1997 in Kraft.